



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Stefan Schuster, Klaus Adelt, Markus Rinderspacher SPD

Drs. 18/43, 18/370

Bericht über den Polizeieinsatz am 22.10.2018 in Nürnberg mit Todesfolge

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport über den Polizeieinsatz am 22.10.2018 in Nürnberg schriftlich zu berichten, bei dem Ümit D. nach Einsatz eines Distanz-Elektroimpulsgeräts (Elektroschockpistole) und Verabreichung einer Injektion durch einen herbeigerufenen Notarzt ums Leben kam.

Dabei sollen vor allem folgende Aspekte näher ausgeführt werden:

- Wie viele Polizeibeamte waren an dem Einsatz beteiligt?
- Wurde Ümit D. vor der Injektion von dem Notarzt oder den Einsatzkräften gefragt, ob er Allergien oder Krankheiten hat?
- Welche Medikamentendosis wurde Ümit D. verabreicht?
- War Ümit D. gefesselt, als ihm die Injektion verabreicht wurde?
- Welche Maßnahmen werden unternommen, um den Fall aufzuklären und die Todesursache von Ümit D. festzustellen?
- Welche Konsequenzen wird die Staatsregierung ziehen, sollte der Einsatz der Elektroschockpistole und die Injektion zu Ümit D.'s Tod geführt haben?

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident